

Neuer Windpark an der hessischen Grenze

Im Waldgebiet bei Bromskirchen sollen Windräder mit einer Höhe von 220 Metern gebaut werden

Potenzielle Anlagen-Standorte mit Gesamthöhe über NN



Bestehende Anlagen



geplante Windräder: 220 m



Zum Vergleich:

Kölner Dom: 157 m

Grafik: Manuela Nossutta - Fotos: dpa

Wunderthausen. Wenn die bis zu 220 Meter hohen Windkraftanlagen auf dem Höhenrücken bei Wunderthausen errichtet werden, werden sie Leuchtturmcharakter haben, und dies nicht nur weil obenauf rote Lichter zur Flugsicherung blinken. „Die wären so hoch, dass man sie 80 bis 100 Kilometer weit sehen kann; zum Beispiel vom Herkules bei Kassel, vom Vogelsberg oder aus dem Siebengebirge“, sagt Bad Bertleburgs 1. Beigeordneter Jürgen Weber und befürchtet schlimme Auswirkungen für das Landschaftsbild des Rothaargebietes. Der Vergleich zum Kölner Dom macht die Verhältnisse deutlich: Der Höhenunterschied beträgt etwa 63 Meter. Das heißt von der Kreuzblume auf der Turmspitze bis zur Spitze des senkrecht stehenden Rotorblattes liegt noch einmal die Höhe eines Hochhauses.

Seitdem die Pläne für ein so genanntes Repowering des bestehenden Windparks auf dem Gebirgsrücken bekannt sind, geht in Wunderthausen die Angst um. Die düstere Stimmung macht Ortsvorsteher Martin Dreispach in einem mehrseitigen Schreiben an Bromskirchens Bürgermeister Karl Friedrich Frese deutlich.

Akzeptanz gleich null

Bereits seit der Errichtung der bestehenden fünf Windkraftanlagen im Jahr 1997 litt die Bürger der Ortschaft unter der ständigen Immissionsbelastung. „Insbesondere bei starkem Ostwind werden die pfeifenden und heulenden Windgeräusche, die durch das Umwehen des Windes um die Masten entstehen, von nahezu der gesamten Ortschaft als extrem störend und belästigend empfunden. Noch wesentlich stärker betroffen sind die Anwohner der Hallenberger Straße 40-49 die, unabhängig von der Windrichtung, jederzeit der

Geräuschenentwicklung und dem Schlagschatten, der zum Teil nur 220 m entfernt stehenden, Windkraftanlagen ausgesetzt sind“, schreibt Schneider. Und er wirft der Gemeindevverwaltung Bromskirchen und deren Bürgermeister Frese vor, diese Bedenken wegzuwischen: Die Klagen der Wunderthäuser „werden jedoch offensichtlich durch die Landesgrenze NRW/Hessen, die räumliche Distanz zur Gemeinde Bromskirchen, aber vor allem wohl durch den fehlenden Sichtkontakt der Gemeindevertreter Bromskirchen zu den Windkraftanlagen, vollends verwischt und ignoriert.“ Vor diesem Hintergrund sei die Akzeptanz für ein Repowering, bzw. die Aufstellung wei-

terer Anlagen gleich null. Zumal die zwölf im Windpark Bromskirchen-West geplanten Anlagen mit einer Nebenhöhe von 140 bis 160 Metern im Grunde doppelt so hoch seien wie die fünf bestehenden Anlagen mit einer Nebenhöhe von 80 Metern.

„Diese unnatürliche Dimension und das Ganze gleich zweifach hinter- und nebeneinander aufgebaut auf dem bisher idyllisch wirkenden Bergücken oberhalb der Ortschaft, ist für keinen Menschen wirklich vorstellbar – allein die Erwähnung der Ausmaße wirkt jedoch schon beängstigend. Verständlicherweise wecken diese Planungszahlen zu gleich auch die Befürchtung, dass die Immissionsbelastung für die

Bürger der Ortschaft Wunderthausen nach der Errichtung dieses Dimensionierter Windparks dramatisch ansteigen wird“, schreibt Schneider an Bürgermeister Frese und bittet Verwaltung und Investor, das Projekt zu überdenken.

Bundeswehr wird mitentscheiden
Die Wunderthäuser gehen die Hoffnung nicht auf. Ein As im Ärmel des Ortsvorstehers, der selbst bei der Bundeswehr arbeitet, ist die Radarstellung Erndtebrück. Schneider gegenüber hat die Wehrbereichsverwaltung bereits im Juni 2012 Bedenken angemeldet: Demnach stören Windkraftanlagen in diesem Gebiet, die eine Gesamthöhe von 743,9 m bzw. 754,7 m über NN übererschreiten, das operationell bedeutsame Radarstrahlungsfeld der Anlage Erndtebrück. Dies trifft auf elf der zwölf geplanten Anlagen zu. Für diese elf Windräder müsste laut Bundeswehr jeweils eine Einzelfallprüfung durchgeführt werden. Hinzu kommt außerdem, dass der Windpark auch im Einzugsbereich des Nachtrefflungsnetzes der Bundeswehr liege und deshalb einer generellen Bauhöhenbeschränkung von 858,24 Meter über dem Meeresspiegel unterliege, so Schneider.
Im Übrigen fordert der Ortsvorsteher, dass festinstallierte Messstellen in Wunderthausen an drei verschiedenen Orten eingerichtet werden, um Lärm und Schattenschattenwurf zu erfassen und festzuhalten.

Veranstaltung am 7. Januar richtet sich unter anderem an Waldbesitzer, Unternehmer und Investoren

Forum bietet Informationen zu Windenergie

Siegen. Das WindForum des Kreises startet am 7. Januar um 9 Uhr im Kulturhaus Lyz, St.-Johann-Straße 18. „Bei dieser Veranstaltung geht es ausschließlich um die fundierte Sachinformation zum Thema Windenergie“, erläutert Landrat Paul Breuer.

Angesprochen sind interessierte Bürgerinnen und Bürger, Waldbesitzer, Investoren und Unternehmer, aber auch Vertreter der heimischen Politik. „Dabei hat das WindForum bewusst eine südwestfälische Ausrichtung, da man solche Zukunftsthemen nur gemeinsam und abgestimmt mit unseren Partnern in der Region angehen kann, wenn man nachhaltige Erfolge erzielen

will“, so Breuer weiter. Gemeinsam mit Landesumweltminister Johannes Remmel eröffnet der Landrat das WindForum.

Viele Vorträge stehen im Mittelpunkt

Der Minister will in einem Vortrag die neue Klimaschutzpolitik des Landes vorstellen. Die Landesregierung will den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum 2020 um 25 Prozent senken – in Anlehnung an die Vorgaben des Bundes bis zum Jahr 2050 sogar um bis zu 80 Prozent.

Die Stromgewinnung aus Windenergie in NRW soll von heute drei auf 15 Prozent in



Windenergie wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

neun Jahren steigen. Paul Breuer zeigt sich überzeugt, dass der Kreis in diesem Pro-

zess einen sinnvollen Beitrag leisten kann. Er will grundsätzliche Überlegungen des Kreises zur Energie aus Windkraft erläutern.

Im Mittelpunkt des WindForums stehen zahlreiche Fachvorträge, die jeweils rund 45 Minuten dauern. Das Themenspektrum reicht von „Windkraftanlagen im Wald – um jeden Preis?!“ (Referent: Forstdirektor Diethard Altroge) über „Bürgerenergieanlagen für den Klimaschutz“ (Referentin Dr. Katrin Gehles, EnergieAgentur NRW) bis hin zu „Potenziale der Windenergie in Siegen-Wittgenstein“ (Referent: Jan Dobertin, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien

e.V.). Weitere Themen sind „Landschaftsästhetik versus Windkraftträder“, „Zur Wertschöpfung von erneuerbaren Energien“ oder „Repowering – Steigerung der Energieeffizienz“.

Den Abschluss des WindForums bildet eine Podiumsdiskussion zur „Landschaftsästhetik in der Tourismusregion Siegen-Wittgenstein versus Windkraftträder“. Teilnehmer sind unter anderem Paul Breuer, Burbachs Bürgermeister Christoph Ewers und Helga Düben vom NABU – weitere sind angefragt.

Weitere Informationen und Anmeldung bei Sylvia P. Heinz unter ☎0271/3 33 11 68

Keine Garantie für Vorrangzonen

Selbst wenn alle anderen Faktoren stimmen, kann Bundeswehr noch ein Veto

Von Karl-Peter Rasche

Erndtebrück. Für potenzielle Investoren von Windkraftanlagen im Bereich der Gemeinde Erndtebrück stellen sich besondere Anforderungen - wie auch für die Gemeinde bei der geplanten Festlegung von Vorrangzonen. Das geht aus einem Schreiben der Wehrbereichsverwaltung West der Bundeswehr an die Gemeinde hervor. Die Behörde macht in der Stellungnahme an die Gemeinde darauf aufmerksam, dass etwa zwei Drittel der Gemeindefläche im Schutzbereich der Radaranlage auf dem Ebschloh liegt. Außerdem erstreckt sich der Interessensbereich der Radaranlage in einem Radius von 35 Kilometern. Auch darin könnten „hohe Bauwerke mit beweglichen Teilen“ die Reichweite und Genauigkeit des Radars mindern.

Bauhöhenverbote gibt es in diesem Zusammenhang nicht, aber ab bestimmten Höhenbereichen ist die Genehmigung der Schutzbereichsbehörde, der Wehrbereichsverwaltung West erforderlich, die im Schreiben an die Gemeinde darauf aufmerksam macht, dass innerhalb der Schutzbereiche Windenergieanlagen zulässig sind, aber abhängig vom Standort, Anlagentyp, Nabenhöhe Rotorradius und der „Vorbelastung“ des Umfelds mit vergleichbar hohen Hindernissen. „Militärische Ausschlussgebiete“ ließen sich vorab nicht festlegen.

Die Gemeinde muss deshalb mögliche Konzentrationsflächen zunächst auf andere Belange hin untersuchen und sie dann anschließend an die Bundeswehr übermitteln, die sie anschließend sowohl ablehnen wie auch in der Höhe begrenzen kann.

Für die geplante Untersuchung von Konzentrationsflächen hat die Kommune in der Sitzung des Bauausschusses in dieser Woche jetzt

Abstände für so genannte „weiche“ Ausschlusskriterien festgelegt. Zu Siedlungsbereichen sollen danach Abstände von 800 Metern eingehalten werden, im Außenbereich sollen Windkraftanlagen noch 600 Meter von Gebäuden entfernt sein, von Friedhöfen sollen sie einen Abstand von 600 Metern einhalten, von Sportanlagen 200 Meter.

Letztlich bleiben - wie aus der Grafik ersichtlich - vor allem Waldflächen als potenzielle Vorrangzonen für Windkraftanlagen übrig. Ob sich Standorte finden, ist allerdings eine andere Frage. Denn die Kommune hatte schon einmal Anläufe für eine Ausweisung gemacht.

Schon vorher Untersuchungen

Die erste Untersuchung wurde 1996 eingeleitet und basierte auf dem Windkrafteinsatz des gleichen Jahres. Das Verfahren wurde aber nicht weiter fortgeführt, weil dabei keine geeigneten Flächen für eine Vorrangzone gefunden wurden. Weil 2002 die Zulässigkeit von Windkraftanlagen in Wald- und Erholungsgebieten nicht mehr ausgeschlossen wurde, machte ein Münsteraner Ingenieurbüro 2003 noch einmal eine Grobprüfung. Der Rat beschloss daraufhin die Ausweisung von Vorrangzonen nördlich von Birkefehl und bei Benfe. Weil sich aber im Oktober 2005 die gesetzlichen „Grundsätze für Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen“ änderten, mussten die Planungen überarbeitet werden.

In Benfe konnte dann von der Bezirksregierung keine Vorrangzone mehr genehmigt werden. Für Birkefehl wurde das Verfahren zunächst weitergeführt, eine Ausweisung des Gebiets scheiterte aber an Vorkommen von Rotmilan und Schwarzstorch). Das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans wurde daraufhin eingestellt.

Windkraftabstände in Erndtebrück



Grafik: Manuela Nossutta • Quelle: Bauamt Erndtebrück

Naturschutzverbände kritisieren Windkraft

Jochen Niemand, Beate Grimm und Helga Düben warnen vor Plänen für 220-Meter-Anlagen im Wald bei Wunderthausen

Wunderthausen. Gleich drei Umweltschutzorganisationen nehmen die Stadt Bad Berleburg, genauer gesagt deren 1. Beigeordneten Jürgen Weber aufs Korn, weil dieser nicht scharf genug gegen die Windenergiepläne im Wald bei Bromskirchen vorgehe.

So lässt sich zusammenfassen, wie Beate Grimm von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Jochen Niemand von der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) und Helga Düben vom NABU auf Jürgen Webers Äußerungen in der Wittgensteiner Heimatzeitung („In Wunderthausen geht die Angst um“) reagieren.

Städtische Eigeninteressen

In einer Stellungnahme schreiben die drei Vertreter von Naturschutzverbänden: „Windenergie ja, Windenergie nein. Bad Berleburgs 1. Beigeordneter will den Focus - jedenfalls bei der Ablehnung von Windenergie an den hessischen Grenzen Bad Berleburgs - nicht auf den Schutz von Natur und Landschaft legen. Diese Haltung ist möglicherweise dem Umstand geschuldet, dass die Kommune selbst Anlagen in Waldgebieten im Stadtgebiet Bad Berleburgs genehmigen will. In diesem Fall werden mögliche Einwendungen des Naturschutzes natürlich nicht gerne ge-

sehen, vermutet Beate Grimm, Kreisvorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.“

Menschen müssen wach werden

Die Berichterstattung in der WP, dass auf hessischer Seite nahe der Ortschaft Wunderthausen zwölf 220 Windkraftanlagen mit einer Anlagenhöhe von über 200 Metern errichtet werden sollen „stimmt mehr als bedenklich. Anlagenhöhen von über 200 Metern, also weiter über denen des Kölner Doms, werden nicht nur massive Auswirkungen auf Natur- und Landschaft haben, sondern natürlich auch auf die in unmittelbarer Nähe wohnenden Menschen“, so Beate Grimm

Jochen Niemand von der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU) warne seit langer Zeit vor den Auswüchsen, die diese Industrieanlagen mit sich bringen: „Die Menschen werden leider oft erst wach, wenn es zu spät ist. Dann steht möglicherweise der Industriewald in Wittgenstein schon“. Und in der Stellungnahme heißt es weiter: „Wann gesteht sich Politik endlich ein, dass Windenergie als eine der möglichen regenerativen Energien zwar eine gute Energiegewinnungsmöglichkeit ist – aber eben nicht überall. Auch wenn auf den Wittgensteiner Höhen vielleicht die eine oder andere gute Möglichkeit besteht - Natur-

und Landschaft, Artenschutz und vor allem Interessen der Menschen dürfen nicht außer acht gelassen werden. Das hat auch NRW Umweltminister Rimmel immer propagiert und wir hoffen, dass er Einsicht zeigt und die zwar möglichen, aber aufgrund gegebener Umstände auf die offensichtlich nicht realisierbaren Standorte in Siegen-Wittgenstein verzichtet.“

Aus sich der Naturschutzverbände gehe es auch darum: Alternativen, wie Wasser und Sonne, stärker in den Fokus zu stellen, so Jochen Niemand .

Klare Richtlinien

„Johannes Rimmel muss einsehen, dass die Prognose, Windenergie sei die am schnellsten realisierbare regenerative Energie, nur teilweise stimmt. Zunehmend mehr Bürgerinitiativen gegen die Errichtung deuten auf das Gegenteil hin. Die Akzeptanz der Bevölkerung, die Rimmel so wichtig ist, ist nicht so zahlreich vorhanden, wie er es sich gewünscht hat. Jetzt gilt es, im Kreis der Energieminister klare Richtlinien zu entwickeln, wie die Energiewende umgesetzt werden kann. Wunschdenken hilft nicht weiter, Entscheidungen sind endlich zu treffen, Alternativen müssen bedacht werden und auch die Energieversorger müssen in die Pflicht genommen werden.“

Sonnenmodul-Produzent Solon meldet Insolvenz an – Solarförderung entzweit Minister Rösler (FDP) und Röttgen (CDU)

Deutsche Solarbranche steckt in der Krise

Daniel Freudenreich

Berlin. Billigkonkurrenz aus China, Preisverfall und weniger Förderung: Die deutsche Solarindustrie gerät immer stärker in die Krise. So hat der Solarmodulproduzent Solon aus Berlin Insolvenz angemeldet. Sie betrifft 530 Mitarbeiter in Deutschland.

Die einstige Vorzeigefirma der Branche steckt schon länger finanziell in Schwierigkeiten und hatte 2009 nur durch eine Staatsbürgschaft neue Kredite bekommen. Damals gewährten der Bund sowie die Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern 146 Millionen Euro Ausfallbürgschaft.

Grünen-Energieexperte Hans-Josef Fell nannte die Politik des Wirtschaftsministeriums gestern vollkommen un-

verantwortlich. „Auf der einen Seite gab das Ministerium Bürgschaften für Solon und auf der anderen Seite lässt Minister Rösler keine Gelegenheit aus, gegen die Solarenergie zu schießen.“

» Rösler lässt keine Gelegenheit aus, gegen Solarenergie zu schießen «

So drängt Philipp Rösler (FDP) Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), die Förderung für die Erneuerbaren Energien zu kürzen. Rösler will nur noch Solaranlagen für einen Zubau von 1000 Megawatt Leistung pro Jahr fördern. Das soll den Anstieg der EEG-Umlage auf über 3,5 Cent je Kilowattstunde verhin-



Foto: rtr

Die Solarbranche hat wirtschaftliche Probleme.

dem. Hier liegt der Wirtschaftskurs mit Röttgen, der eine weitere Kürzung bislang nicht für nötig hielt. Weil die Solarförderung bereits 2011 gekappt wurde und die Vergüt-

ung noch einmal um 15 Prozent sinken wird. Die Ausbaugrenze werfe die Frage auf, „wie der Bundeswirtschaftsminister zur Energiewende steht“, sagte der Hauptgeschäftsführer des

Bundesverbands Solarwirtschaft, Carsten Körnig, dieser Zeitung. Er verwies darauf, dass die von Januar bis September neu installierte Photovoltaikleistung nur noch 3,36 Gigawatt beträgt. 2010 waren es 7,4 Gigawatt.

Energiepolitik-Streit

Der Streit bei der Solarvergütung ist nicht der einzige Konfliktpunkt zwischen den Ministern, die die Energiewende regeln. Während Röttgen für die Erneuerbaren Energien zuständig ist, wacht Rösler über die Netze und fordert mehr fossile Kraftwerke. Dabei finden sie keinen gemeinsamen Weg. Zuletzt konnten sich die Ressortleiter nicht auf einen Nenner zur EU-Effizienzrichtlinie verständigen.

Noch ist der Netphener Wald tabu

Erst müssen vorhandene Vorrangzonen genutzt werden – Neue Windräder: Nachfrage für acht Standorte

Steffen Schwab

Netphen. Acht farbige Punkte auf dem Netphener Stadtplan markieren die Standorte, für die nach Genehmigungen für Windkraftanlagen nachgefragt wird: in Unglinghausen, in Dreis-Tiefenbach am Rabenhain und auf der Höhe nach Setzen, in Obernetphen, in der Gemarkung Nauholz oberhalb der Obernautalsperre, in Werthenbach und neuerdings in Grissenbach. Außerdem im Gebiet Alte Landstraße in Salchendorf – da, wo eigentlich seit 2006 schon gebaut werden darf.

„Wir sollten uns nicht treiben lassen“, fand Alfred Oehm (CDU) im Stadtentwicklungsausschuss. Dort war der Antrag der SPD-Fraktion Thema, die Ausweisung von Vorrangzonen zu beschleunigen. „Die Energiewende braucht Windkraft auch aus Netphen“, sagte Manfred Heinz (SPD), Vorrang sollten dabei Bürgerwindparks haben – „das erhöht die Zustimmung.“

Lahnhof, Talsperre und Haincher Höhe

Bau-Fachbereichsleiter Erwin Rahrbach machte deutlich, dass nach wie vor offen ist, wie der Regierungs-„Leitfaden“ zu dem neuen, rot-grünen Windkrafterlass aussieht, an dem sich auch die Forstverwaltung bei ihren Stellungnahmen orientieren wird. Denn bei den zusätzlich zu suchenden Flächen geht es immer um Waldgebiete, die bisher tabu waren. „Wir haben einige wirklich gute Potenzialflä-



Netphens bisher einzige Windräder drehen sich auf dem Rübenhain in Salchendorf.

Foto: Steffen Schwab

chen“, sagte Rahrbach. Der bisher vorliegende Entwurf lasse aber darauf schließen, dass der Leitfaden nach wie vor „sehr restriktiv“ mit der Genehmigung von Waldstandorten umgehen werde.

Vorerst würde die Stadt Netphen schon an der ersten Hürde scheitern: Solange es ungenutzte Windkraftvorrangzonen in der freien Landschaft gibt, darf Wald nicht für neue

Standorte in Anspruch genommen werden. Die Alte Landstraße in Salchendorf, für die es nun allerdings tatsächlich eine Anfrage gibt, müsse noch bis 2013 vorgehalten werden. „Sonst setzen wir uns Regressforderungen aus.“

Rücksicht nehmen müssen die Planer auf die Nähe zu Wohngebieten und auch zu Splittersiedlungen wie zum Beispiel Lahnhof und Hohen-

roth, tabu bleiben FFH- und Naturschutzgebiete, Richtfunkstrecken – und die FELS, der Korridor für die geplante Ortsumgehungskette von Kreuztal nach Wittgenstein, neben dem auf beiden Seiten 150 Meter breite Streifen freizuhalten sind. Rahrbach wagte die Prognose, welche Standorte für neue Windräder übrig bleiben: die Bereiche oberhalb der Talsperre sowie bei Wert-

henbach und am Lahnhof, die Haincher Höhe und Grissenbach.

Für Bürgerwindparks, so Rahrbach schließlich, „muss man Leute haben, die dahinterstehen.“ Und nicht nur das: Nach Hilchenbacher Erfahrungen werden um die 200 000 Euro für Vorarbeiten fällig, bevor überhaupt die ersten Rotorblätter auf die Naben gesetzt werden können.

Noch ist der Netphener Wald tabu

Erst müssen vorhandene Vorrangzonen genutzt werden – Neue Windräder: Nachfrage für acht Standorte

Steffen Schwab

Netphen. Acht farbige Punkte auf dem Netphener Stadtplan markieren die Standorte, für die nach Genehmigungen für Windkraftanlagen nachgefragt wird: in Unglinghausen, in Dreis-Tiefenbach am Rabenhain und auf der Höhe nach Setzen, in Obernetphen, in der Gemarkung Nauholz oberhalb der Obernautalsperre, in Werthenbach und neuerdings in Grissenbach. Außerdem im Gebiet Alte Landstraße in Salchendorf – da, wo eigentlich seit 2006 schon gebaut werden darf.

„Wir sollten uns nicht treiben lassen“, fand Alfred Oehm (CDU) im Stadtentwicklungsausschuss. Dort war der Antrag der SPD-Fraktion Thema, die Ausweisung von Vorrangzonen zu beschleunigen. „Die Energiewende braucht Windkraft auch aus Netphen“, sagte Manfred Heinz (SPD), Vorrang sollten dabei Bürgerwindparks haben – „das erhöht die Zustimmung.“

Lahnhof, Talsperre und Haincher Höhe

Bau-Fachbereichsleiter Erwin Rahrbach machte deutlich, dass nach wie vor offen ist, wie der Regierungs-„Leitfaden“ zu dem neuen, rot-grünen Windkrafterlass aussieht, an dem sich auch die Forstverwaltung bei ihren Stellungnahmen orientieren wird. Denn bei den zusätzlich zu suchenden Flächen geht es immer um Waldgebiete, die bisher tabu waren. „Wir haben einige wirklich gute Potenzialflä-



Netphens bisher einzige Windräder drehen sich auf dem Rübenhain in Salchendorf.

Foto: Steffen Schwab

chen“, sagte Rahrbach. Der bisher vorliegende Entwurf lasse aber darauf schließen, dass der Leitfaden nach wie vor „sehr restriktiv“ mit der Genehmigung von Wald-Standorten umgehen werde.

Vorerst würde die Stadt Netphen schon an der ersten Hürde scheitern: Solange es ungenutzte Windkraftvorrangzonen in der freien Landschaft gibt, darf Wald nicht für neue

Standorte in Anspruch genommen werden. Die Alte Landstraße in Salchendorf, für die es nun allerdings tatsächlich eine Anfrage gibt, müsse noch bis 2013 vorgehalten werden. „Sonst setzen wir uns Regressforderungen aus.“

Rücksicht nehmen müssen die Planer auf die Nähe zu Wohngebieten und auch zu Splittersiedlungen wie zum Beispiel Lahnhof und Hohen-

roth, tabu bleiben FFH- und Naturschutzgebiete, Richtfunkstrecken – und die FELS, der Korridor für die geplante Ortsumgehungskette von Kreuztal nach Wittgenstein, neben dem auf beiden Seiten 150 Meter breite Streifen freizuhalten sind. Rahrbach wagte die Prognose, welche Standorte für neue Windräder übrig bleiben: die Bereiche oberhalb der Talsperre sowie bei Wert-

henbach und am Lahnhof, die Haincher Höhe und Grissenbach.

Für Bürgerwindparks, so Rahrbach schließlich, „muss man Leute haben, die dahinterstehen.“ Und nicht nur das: Nach Hilchenbacher Erfahrungen werden um die 200 000 Euro für Vorarbeiten fällig, bevor überhaupt die ersten Rotorblätter auf die Naben gesetzt werden können.